

Finanzplatzpolitik in der Sackgasse

Ende Oktober verhandelten die EU und die Schweiz erneut über die Zinsbesteuerung respektive über Amtshilfe bei Steuerhinterziehung. Das erste Mal war der Entwurf eines Staatsvertrags Gegenstand der Verhandlungen. Es seien eine Reihe von Punkten geklärt worden, sagten die Chefunterhändler Verrue von der EU und Waldburger von der Schweiz. Die Verhandlungen gehen im November weiter. Bei der Frage der Amts- und Rechtshilfe bei Steuerhinterziehung will die Schweiz hart bleiben. Der Druck aus dem Ausland wird jedoch zunehmen, auch wenn die EU auf einen Kompromiss einschwenken sollte. Dass ein Land die Steuerflucht von Reichen aus aller Welt vor den Steuerbehörden anderer Länder schützt, ist auf die Dauer nicht mehr zu verteidigen.

Es ist klar, dass die Abschaffung des Steuerhinterziehungs-Geheimnisses einen massiven Abfluss von Vermögen zur Folge haben wird und damit möglicherweise einen Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen im Banken- und Parabankensektor. Etwas anderes zu behaupten wäre Augenwischerei. Diese Aussicht blockiert die politische Debatte hoffnungslos. Andere Probleme und Gefahren des Finanzplatzes werden dadurch verdrängt: Der Finanzsektor schadet wegen des starken Frankens Jahrzehnten der Exportwirtschaft und dem Tourismus und treibt die Immobilienpreise in die Höhe. Aber nicht nur das: Die Grösse des Finanzplatzes als auch die damit verbundenen Geschäftsrisiken werden zunehmend zu einem bedrohlichen politischen und ökonomischen Risiko. Die Marktanteile an vielen Bankengeschäften, insbesondere an der privaten Vermögensverwaltung und am damit einhergehenden Geschäft der Hedge Funds sind für die Schweiz gross und damit auch die damit verbundenen Risiken. Bereits sind massive Entlassungen im internationalen Vermögensgeschäft angekündigt. Tausende von Arbeitsplätzen stehen bereits auf dem Spiel.

Die Politik des Bundesrates degradiert uns, die BewohnerInnen dieses Landes, zunehmend zu Geiseln eines absurden Finanzplatz-Patriotismus.

MM

Auf unserer Homepage finden Sie Thesen zur aktuellen Finanzplatzpolitik, welche die AFP zur Diskussion stellt.